



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/256 - 5.11.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039 890

Erdrutschwahlen in den USA	S. 1
Zum Kongreß der jugoslawischen Kommunisten	S. 3
Das Europäische Jugendparlament - ein Fehlschlag	S. 5
Die "Rote Zone" wartete vergebens	S. 7

Präsident Eisenhower

P.R. Seit der Zeit des Bürgerkrieges, also seit rund 90 Jahren, ist in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zum ersten Mal wieder ein General Präsident geworden und ein sehr erfolgreicher dazu. Um den großen politischen Befähigungsnachweis wird er sich freilich während der Präsidentschaft noch erst zu bemühen haben. Darin kann kein Vorwurf liegen, denn Eisenhower hat sich aktiv (und nicht nur vom persönlichen Interesse her) mit Fragen der großen Politik eigentlich erst seit dem Zeitpunkt befaßt, als die Möglichkeit seiner Präsidentschaftskandidatur auftauchte. Es war auch sehr bezeichnend, daß lange unklar blieb, ob er sich den Demokraten oder den Republikanern zur Verfügung stellen werde.

Das, was von Europa bzw. Deutschland her gesehen als ein Plus für den neuen Präsidenten angesehen werden kann, ist seine gründliche Kenntnis der Alten Welt, ihrer politischen Probleme, ihrer wichtigsten geistigen Strömungen, ihrer bestimmenden Persönlichkeiten. Natürlich wird auch sehr viel auf die Wahl seiner nächsten Berater ankommen. Im Vordergrund stehen die Namen von Foster Dulles und McCloy. Dulles unterhält sehr enge Beziehungen zu den protestantischen Kirchen Amerikas und den pazifistisch orientierten einflußreichen Organisationen im National Council of Churches. McCloy hat zweifellos in Deutschland manche neue Erkenntnisse gewonnen und ihm ist ebenso wie Eisenhower die europäische Situation und Mentalität aus eigener Anschauung vertraut - während Dulles Asien-Spezialist

ist.

Die Analysen der Wahlreden Eisenhowers und Stevensons zeigten in Fragen der amerikanischen Aussenpolitik, die zwar nicht formell, aber de facto doch weitgehend eine Zweiparteien-Politik geblieben ist, keine wesentlichen Unterschiede. Immerhin sind Akzentverschiebungen zu erwarten. So sind nach dem bisherigen Verhalten der Republikaner im Kongress Abstriche am Europäischen Hilfsprogramm durchaus denkbar. Sie würden freilich in einem gewissen Widerspruch zu der Tatsache stehen, dass gerade Eisenhower immer wieder nachdrücklich den ausserordentlichen Wert Europas für die Bemühungen unterstrichen hat, die sowjetische Expansion einzudämmen. Es ist eine Frage von grosser Bedeutung, wie weit Eisenhower in diesem Punkt gegenüber Männern wie McArthur und Taft fest bleiben wird, deren vorwiegende aussenpolitische Interessen, wie man weiss, in Asien liegen.

Es war bezeichnend, dass Korea die letzte Phase des Wahlkampfes sehr stark, ja bestimmend, beeinflusst hat. Eisenhower hat, ebenso wie Stevenson, in diesem Punkt weitgehende Zusagen zur Beruhigung der amerikanischen Öffentlichkeit gemacht. Wie weit sie praktisch gehalten werden können, ist eine andere Frage. Ziemlich sicher ist, dass die Sowjets das Zustandekommen eines Waffenstillstandes in Korea, der der demokratischen Administration einen ungeheuren Erfolg und damit vermutlich den Wahlsieg gebracht hätte, verhindert haben. Was aber versprochen sie sich von einem Sieg Eisenhowers? Vielleicht verstärkte Spannungen zwischen einem republikanischen Präsidenten und einem entsprechenden Kongress auf der einen und den westeuropäischen Mächten auf der anderen Seite, denn es ist natürlich möglich, dass herabgesetzte amerikanische Hilfsleistungen bei gleichzeitig verstärktem Drängen auf militärische Grossanstrengungen solchen Missstimmungen den Weg bereiten könnten.

Eine Frage für sich ist die neue innerpolitische Situation in den USA. Sie ist dadurch eingetreten, dass bisher Regierung und Gewerkschaften im Grundsatz, trotz aller Einzeldifferenzen, in einem Lager standen. Das wird künftig nicht mehr der Fall sein, denn alle drei Gewerkschaften hatten sich für Stevenson eingesetzt und das künftige Repräsentantenhaus wird eine republikanische Mehrheit haben. Darauf soll aber in diesem Zusammenhang nicht mehr eingegangen werden. Man wird erst nähere Berichte aus den USA abwarten müssen.

Der letzte republikanische Präsident vor Eisenhower, Hoover, hat soeben erklärt, für die Republikanische Partei läge angesichts der lastenden Sorgen und drohenden Gefahren in aller Welt auch in der Stunde des Sieges kein Anlass für besonderen Jubel vor. Das ist gewiss ein ernstes Wort. Man braucht es aber sicher nicht als eine düstere Voraussage im Sinne von manchen Kommentaren zu deuten, die während der Wahlwochen für den Fall eines Sieges Eisenhowers zu hören waren. Immerhin wäre es sicher vorzuziehen, aus diesem Wahlergebnis die Wahrscheinlichkeit einer baldigen weltpolitischen Entspannung abzuleiten.

Tito - Stalins Gegenpapst

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Noch vor vier Jahren, am Tage seines Bruches mit Stalin, sprach der jugoslawische Staatschef Tito von "der brüderlichen Sowjet-Union", deren Politik im Interesse des Weltfriedens liege. Auf dem nun tagenden VI. Parteitag der jugoslawischen Kommunisten in Agram charakterisierte der Generalstabschef der jugoslawischen Armee, Popovich, die Politik der Sowjet-Union als Bedrohung des Weltfriedens und hob die Verbindung Jugoslawiens mit allen Staaten hervor, die gewillt sind, einer Aggression zu widerstehen. In dieser, durch die Erfahrungen von vier Jahren bedingten verschiedenen Einschätzung der Sowjet-Union als Friedens- oder Kriegsmacht liegt ein Wandel, dessen vorläufiger Höhepunkt der Versuch Titos ist, sich nun auch ideologisch vom Stalinismus zu distanzieren.

Das wurde mit besonderer Deutlichkeit auf dem Agramer Parteitag offenbar. Die jugoslawischen Kommunisten nennen sich nicht mehr KP, sie bezeichnen sich in Anknüpfung an das Kommunistische Manifest als Bund, damit auch äusserlich den vollständigen Bruch mit den moskauhörigen Kommunisten dokumentierend. Der Kommunismus in der Sowjet-Union wird "der stalinistischen Verwässerung des Marxismus-Leninismus" angeklagt, entartet zu einem Staatskapitalismus und beherrscht von einer unkontrollierbaren, volksfeindlichen Bürokratie. Jugoslawien aber sei das einzige Land eines wahren Sozialismus, das durch die Einführung von Arbeiterkontrollen in den Betrieben zum ersten Mal in der Geschichte dem Volk selbst die Möglichkeit gegeben habe, die Produktionsmittel zu seinem eigenen Vorteil auszunützen. Tito betrachtet sich als den wahren Erben Lenins, als der Gralshüter seiner reinen und ursprünglichen Lehre. Das findet auch seinen Niederschlag in der beherrschenden Stellung des Parteiapparates als Gegengewicht für die beabsichtigte Erweiterung der lokalen Selbstverwaltungsorgane. Auch die angekündigte Reinigung von allen unzuverlässigen und der Lehre nicht ergebenden Anhängern passt in dieses Bild.

Jugoslawien löste sich seinerzeit von Moskau, weil es um sei-

ne Unabhängigkeit fürchtete und nicht zum Ausbeutungsobjekt der Sowjet-Union herabsinken wollte. Im jugoslawischen Nationalstolz und in der Freiheitsliebe dieses Vielvölkerstaates fand Tito einen mächtigen Verbündeten. Er hatte nicht für die Befreiung seines Landes vom Joch des Dritten Reiches gekämpft, um es gegen das des Kreml einzutauschen. Die Frage aber, ob ein kommunistischer Staat ohne Moskau auch kommunistisch bleiben kann, ob Sowjet-Union und Kommunismus heute identisch sind, blieb damals offen. Tito hat in der Zwischenzeit den Beweis geliefert, dass eine solche Identität nicht besteht und damit dem Führungsanspruch Moskaus einen Schlag versetzt, den es bis heute nicht überwand. Nichts ist für einen Papst gefährlicher, als seine Autorität angefochten und bestritten zu sehen. Stalins Papsttum - wenn man dieses Wort hier einmal gebrauchen darf - wurde von Tito herausgefordert. Dies erklärt die ungewöhnliche, an den mittelalterlichen Kirchenstreit der Scholastiker erinnernde Auseinandersetzung zwischen Belgrad und Moskau, da sich beide als rivalisierende Zentren einer Weltbewegung betrachten.

Dass das erregende und in seinen Auswirkungen noch unüberschaubare jugoslawische Experiment bislang ohne lebensgefährliche Bedrohungen durch die Sowjet-Union unternommen werden konnte, verdankt Jugoslawien seiner einzigartigen strategischen Lage. Jugoslawien, das den Sowjets den heißbegehrten Zugang zur Adria versperrt, besitzt heute die zahlenmäßig stärkste Armee von Europa. Sie spielt in den Berechnungen der westlichen Strategen eine große Rolle. Jugoslawien ist gewillt, seine Unabhängigkeit unter allen Umständen zu verteidigen. Dies macht es trotz aller ideologischen Gegensätze zum potentiellen Verbündeten des Westens, ohne, wie Tito mit Nachdruck erklärte, von ihm in Abhängigkeit geraten zu wollen.

Unentschieden bleibt jedoch, ob Tito als kommunistischer Gegenpapst Stalins nicht im Zuge einer mit der Zeit immer stärker werdenden Anlehnung an den Westen noch mehr Wasser in den Wein seiner Doktrin gießen müssen. Außerdem wird er wohl auch im Lande selbst sich von der schließlichen Unvereinbarkeit vieler seiner Thesen - z.B. Ausbau der Selbstverwaltung - mit der Diktatur als Prinzip zu überzeugen haben.

Um eine Hoffnung ärmer

Von Werner Buchstaller, Zentralsekretär der Jungsozialisten

Zum Wochenende ging im Rittersaal in Den Haag nach fünftägiger Dauer die "Europäische Versammlung der politischen Jugend" zu Ende. Programmgemäß hätten die fast 200 Delegierten der Jugendgruppen der nationalen Parteien aus allen europäischen Ländern, die nach der Vertretungsart der Beratenden Versammlung des Europarates benannt worden waren, und der internationalen Organisationen und verschiedenen Jugendvereinigungen der Europaverbände die Tagesordnung bis Freitagabend abgewickelt haben sollen. Es mußten dann aber noch die ersten anbrechenden Samstagstunden in Anspruch genommen werden, um mit den Beratungen zum Abschluß zu kommen. Kein Wunder, daß um diese mitternächtliche Zeit die Delegierten alle Mühe hatten, die Beschlußfähigkeit des Parlaments zu erhalten. Es ist zweifellos der toleranten Haltung der Fraktion der Internationalen Union der sozialistischen Jugendverbände (JUSY), die in den vergangenen Kommissions- und Plenarsitzungen in keinem wesentlichen Punkt mit einer Berücksichtigung ihrer Ansichten und Argumente rechnen konnte, zuzuschreiben, daß das erste Europäische Jugendparlament nicht vor zu 60 Prozent leeren Delegiertenstühlen seine Verhandlungen abschließen mußte.

Diese leeren Stühle auf der Abschluß-Sitzung waren übrigens die auffallendste Parallellität zum Anfang, wo eine erhebliche Anzahl Delegierter erst nach den Eröffnungsreden des Bürgermeisters von Den Haag und von Prinz Bernhard der Niederlande ihre Plätze einnahmen. Der deutsche CDU-Bundestagsabgeordnete Majonika, der für zwei Tage in Den Haag weilte und zum vorläufigen Präsidenten auserwählt war, hatte ohne Zweifel das Pünktlichkeitsempfinden der jungen Europa-Parlamentarier überschätzt. Schurmann, der führend in der katholischen Jugendbewegung der Schweiz tätig ist und eigentlich als Eröffnungspräsident vorgesehen war, blieb zwar die ganze Tagungszeit über in Den Haag, übernahm aber die Funktion nicht, weil er sie - welcher wesentlicher europäischer Gesichtspunkt - für nicht ganz vereinbar mit seiner Neutralitätsverpflichtung als schweizer Staatsbürger hielt.

Die Frage Spaaks, inwieweit sich gerade die jungen Menschen, die von überall her nach Den Haag gekommen waren, von dem Vorwurf betroffen fühlten, daß die Jugend unverantwortlich desinteressiert und

inaktiv sei und abwartend zuschauen, wie sich die ältere Generation abmühe, um ein besseres Europa der Zukunft zu schaffen, bleibt offen. Noch dazu hatte es sich Spaak in seinen Darlegungen offensichtlich nicht zur Aufgabe gemacht, Untersuchungen darüber anzustellen, ob diese Haltung der Jugend nur ihrer Mentalität oder vielleicht auch der für junge Menschen nicht gerade begeisternd wirkenden kleinsteuropäischen Konstruktion zuzuschreiben sei.

Am Beginn der praktischen Arbeit stand die Wahl des Parlamentspräsidenten, bei der der Vorsitzende der Liberalen Jugend Belgiens, Drees, in zwei Wahlgängen dem sozialistischen Kandidaten Peter Strasser, Wien, Präsident der JUSY, eindeutig unterlag. Dann wurde in den Kommissions- und Plenarsitzungen um die Ansichten zu den anliegenden Tagesordnungspunkten gerungen. Dabei gingen in letzter Konsequenz die Auseinandersetzungen weniger um Meinungsverschiedenheiten zu den einzelnen Punkten als vielmehr um den konkreten Aufgabenbereich des Jugendparlamentes. Gerade in der Kommission "Politische Einheit Europas" war der Wille zu offensichtlich, Zustimmungsbekundungen zur europäischen Integrationsvorstellung Schumans und Adenauers zu erzwingen. Eindeutig und klar brachte die JUSY-Fraktion zum Ausdruck: Das Jugendparlament muß im Rahmen seiner Kompetenzen bleiben, seine Aufgabe ist es, nach europäischen Lösungen der Jugendfragen zu suchen und zur Verständigung der Jugend Europas beizutragen.

Hundertfältig sind die Probleme auf dem Jugendsektor. Hunderttausende jugendlicher Arbeitsloser, Berufsnot, Studentennot - das sind Existenzfragen für die Zukunft Europas, ein breites und großes Aufgabengebiet für die Vertreter der Jugend aus den europäischen Ländern. Scharf und hart prallten die Meinungen in den Kommissionen und im Plenum zusammen. Jugendliche aus ganz Europa kamen, oft in Tagereisen wie die Vertreter Islands, nach Den Haag - die brennenden Fragen der jungen Generation aber wurden nur am Rande behandelt. Diejenigen, die in diesem Jugendparlament keine deklaratorische Europarat-Schablone, sondern ein Instrument der europäischen Jugend sehen wollten, blieben in der Minderheit.

Gegen alle Hinweise und Argumente wurden die Resolutionen, die praktische Jugendfragen nicht zum Inhalt hatten, sondern sich in politischen Deklarationen erschöpften, durchgezogen. Die JUSY hatte eine Erklärung abgegeben, daß sie die ganze Behandlung der Angelegenheit unmöglich findet und deshalb in der Abstimmung nicht Stellung nehmen wird. So enthielt sich fast die Hälfte der Delegierten der Stimme oder wohnte der Abstimmung nicht bei. Die Initiatoren des Jugendparlamentes haben damit ihren Willen durchsetzen können. Europarat und Europäische Bewegung sind um einige Resolutionen reicher, die Jugend Europas um eine Hoffnung ärmer geworden.

Die "Rote Zone" wartete vergebens

K.H. Die Bauern in der "Roten Zone" sind enttäuscht. Alle Proteste gegen die gewaltsame Entschrottung der Westwallbunker bei der Landesregierung und bei der Bundesregierung haben nichts genützt. Sie sind aber nicht nur enttäuscht, sie sind jetzt auch gereizt, weil sie feststellen müssen, daß die Entschrottung in einem geradezu überstürzten Tempo mit "zynischer Beutegier" vorangetrieben wird, seitdem ihre Klage in der Berufungsinstanz in Trier abgelehnt und die Entschrottung gebilligt worden ist. Die Bauern betonen, daß sie als Geschädigte nicht gewillt sind, die Entschrottung in der jetzigen Form zuzulassen und daß sie Besprechungen führen, um sie mit Gewalt zu verhindern, weil weder die Rechtslage noch die Entschädigungsfrage geklärt ist.

Die Bunkerentschrottung ist ein altes Problem des deutschen Grenzlandes, das die "Rote Zone" genannt wird, seitdem Generalstäbler mit dem roten Stift das Grenzgebiet in ihre strategischen Überlegungen einbezogen.

Die Bauern müssen heute erleben, wie teilweise "alte Bekannte" wiederkommen - nämlich dieselben Firmen, die vor 15 Jahren bereits den Westwall bauten und damals schon nicht ohne Flurschaden "Europas große Festung" errichteten - und heute unter ähnlichen Schäden und ähnlichen Gewinnen die noch bestehenden Bunker abreißen und die wertvollen Edelmetalle bergen. Das Werk war von Franzosen und Alliierten begonnen worden.

Jetzt treten deutschen Firmen "kraft eines höheren Auftrages" auf, den Bauern aber ist es gleichgültig, in wessen Auftrag ihr, in diesen bergigen Gegenden sowieso schon schmaler Lebensunterhalt weiter geschmälert wird. Außerdem sieht die Bevölkerung, daß das Land bzw. der Bund ein sehr schlechtes Geschäft mit diesen Firmen macht. Es wird behauptet, daß für eine Tonne Schrott der Bund etwa 25,-M bis 50,-M bekomme, der Hauptunternehmer aber 480,-M, während er dem Subunternehmer vielleicht 150,-M bezahlt. Diese Zahlen sind nicht genau zu kontrollieren, sie mögen vielleicht etwas übertrieben sein, stützen sich auf Indizien, spiegeln aber zumindest die Berechtigung der ablehnenden Stimmung in der Bevölkerung wieder.

Der Hauptgrund für die Empörung der Bevölkerung ist aber die Tatsache, daß ihr von dem geringen Erlös der Entschrottung in der "Roten Zone" nichts zugute kommt. Man hat nicht vergessen, daß auf Anordnung der Wehrmacht in Kriege kleinere und größere Industrien ihre Betriebe in angeblich sichere Orte verlagern mußten und deshalb ein erheblicher Substanzverlust eintrat, durch den die Industrie der "Roten Zone" nach der Währungsreform einen besonders schweren Start hatte. Eine Entschädigung und Wiedergutmachung und die Anerkennung ihres Rechtsanspruchs wurden den Menschen der "Roten Zone" jedoch versagt.

Nicht ohne Grund fragen sie, weshalb in einer neu geschaffenen Demokratie wieder mit zweierlei Maß gemessen wird; sie warten auf die Wiederherstellung zerstörter Straßen; sie warten auf den Wiederaufbau zerstörter Betriebe; sie warten, daß mindestens mit dem geringen Erlös aus der Entschrottung der auf ihrem Land gebauten Bunker ein Teil der Kriegs- und Nachkriegsschäden wieder gutgemacht, sie warten, daß die durch widersprechende Gerichtsentscheidungen über die Berechtigung der Entschrottung heraufbeschworene Rechtsunsicherheit wieder zur Rechtssicherheit wird; sie warten, daß die vom Bund an die Entschrottungsfirmen gegebenen Aufträge zurückgezogen werden.

Bis heute warten sie aber vergebens ...

+ + +